

CDU Kreistagsfraktion im Landkreis KUSEL

Der Vorsitzende

Eichenstraße 14
66901 Schönenberg-Kbg.

04.10.2018

An
Kreisverwaltung Kusel
Landrat Otto Rubly
Trierer Str. 49

66869 Kusel

Antrag bezüglich der Situation der Kindertagesstätten im Landkreis Kusel

Sehr geehrter Herr Landrat Rubly,

Entsprechend eines Schreibens des Landesjugendamtes vom 24.05.2018 gilt ab dem 01.01.2019 bei personeller Minderausstattung in Kindertagesstätten folgendes :

„Kommt es ab dem 1. Januar 2019 zu einer Personalunterschreitung und es liegt kein Handlungsplan vor oder ein vorliegender Handlungsplan wird nicht eingehalten, entfällt die Landesförderung vollständig“

Dies hat für die tägliche Praxis in den Einrichtungen und für die Träger der Einrichtungen weitreichende Folgen, welche bisher bewährte und vertraute Strukturen vor große Probleme stellen.

So ist der geforderte Ersatz von Personal in Echtzeit in der Lebenswirklichkeit der Einrichtungen nicht zu bewerkstelligen. Die Dokumentation von dann folgenden Maßnahmen zur Kompensation von Ausfällen ändert nichts an den vorhandenen Ausfällen und ist daher weder zielführend, noch hilfreich. Die in Folge der Dokumentationspflicht anfallenden Mehrarbeiten führen im Endeffekt wieder zu Zeiten, welche bei der pädagogischen Arbeit mit den Kindern fehlen. Dabei muss auch beachtet werden, dass seit Jahren ein Fachkräftemangel bei Erzieher/innen gegeben ist.

Viele Einrichtungen und Träger fühlen sich übergangen und nicht gehört. Die Vorgehensweise des Landes erfolgt ohne Evaluierung und Rücksprache mit dem betroffenen Personenkreis und geht somit an der Realität in den Einrichtungen vorbei. Nach unserer Auffassung ist der Dialog stets besser als eine einseitige Erklärung des Landes!

Weiterhin steht derzeit die Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Zuwendungen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten in der Diskussion. Seit ca. 10 Jahren befinden sich die kommunalen Kindertagesstätten im Wandel. Zum Wohle der Kinder wurden die Gruppen in vielen Einrichtungen verändert. Regel- bzw. geöffnete Regelgruppen wurden in Krippengruppen und altersgemischte Gruppen umgewandelt. In Folge dieser Umwandlungen wurden die Betriebserlaubnisse geändert, die Anzahl der Kinder wurden dabei vielfach

verringert. In der Konsequenz werden nach der neuen VV nur noch Erweiterungen gefördert, wenn die bisherige maximale Kinderzahl in einer früheren BE erhöht wird. Diese Förderrichtlinien widersprechen nach unserer Ansicht dem Bedarf und dem Anspruch auf Kleinkindplätze und eine entsprechende Betreuung durch verringerte Gruppenstärken.

Aus diesem Grunde stellt die CDU-Fraktion folgende Anträge:

1. Die Kreisverwaltung möge prüfen, ob es allen Einrichtungen im Landkreis Kusel überhaupt möglich ist, einen mit dem Kreis- und Landesjugendamt abgestimmten Handlungsplan bis zum 31.12.2018 vorzulegen.

2. Weiterhin möge die Kreisverwaltung eine Umfrage bei den betroffenen Einrichtungen mit den sich abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Handlungspläne und der Ausfalldokumentation wie sie das Land fordert auf den Weg bringen und diese dem Landesjugendamt zuleiten.

3. Der Landkreis möge sich für verbesserte Förderrichtlinien beim Bau bzw. Erweiterungsbau von Kindertagesstätten einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Lothschütz